

4. November 1989, Alexanderplatz

Die verrückte Idee, eine Demonstration gegen die tatsächlichen Machtverhältnisse ausge-rechnet auf der Grundlage des geltenden Rechts zu veranstalten, konnte wohl nur in Berlin entstehen. Ähnlich wie bei dem Ver-such, das *Neue Forum* auf der Grundlage des Vereinsgesetzes legalisieren zu lassen, war aber auch hier mehr als bloße Ironie im Spiel.

Schließlich wollten die Herrschenden De-monstrations in der Hauptstadt Berlin, in unmittelbarer Nähe der Machtzentren wie der Staatsgrenze, mit umfangreichen Sicher-heitsvorkehrungen und der Mobilisierung aller „gesellschaftlichen Kräfte“ unter Kon-trolle bekommen. Die Entschlossenheit zur öffentlichen Auseinandersetzung war die Voraussetzung für den Erfolg – die polizeiliche Genehmigung der Demonstration nur eine Folge der Einsicht, dass die Demonstration in jedem Fall stattfinden würde.



Die Initiative zur Demonstration ging vom Neuen Forum aus.



Aus der Stellungnahme der Bezirks-verwaltung Berlin der Staatssicherheit zur beantragten Demonstration vom 20. Oktober '89:

Es wird vorgeschlagen:

- den Antrag zur Durchführung der Demonstration und des Meetings bereits für den 4. 11. 1989 zu genehmigen. Die Genehmigung ist mit der Erwartung zu verbinden, dass die sich daran beteiligten Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens Einfluss auf den ordentlichen, friedlichen und disziplinierten Verlauf der Demonstration und des Meetings nehmen und die Veranstaltung im Einklang mit den begonnenen und weiter angestrebten Prozessen zu Veränderungen unserer sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, vom 18. 10. 1989 steht. Es sind konkrete Auflagen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit, wie zum Einsatz von Verantwortlichen für diese Veranstaltung, einer ausreichenden Zahl gekennzeichnete Ordnungskräfte in und an der Peripherie der Demonstration und des Meetings, den angemessenen und vertretbaren Inhalt von mitgeführten Losungen, den Weg und Verlauf der Demonstration und die räumliche und zeitliche Begrenzung der Veranstaltung zu erteilen. Zum Einsatz kommende gesellschaftliche Kräfte sind so vorzubereiten, sich in einem angemessenen Umfang an dieser Veranstaltung aktiv zu beteiligen und ihr durch deren Auftreten bzw. ihre mitzuführenden Losungen im Sinne unserer neuen Medienpolitik ein progressives Gepräge zu geben. Oder:
- den Antrag zur Durchführung der Demonstration und des Meetings abzulehnen und Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung in der Tiefe der beabsichtigten Veranstaltung bzw. direkt vor Ort die gesellschaftlichen und Kräfte der Sicherheitsorgane bis hin zur Auflösung durchzuführen. ...

Ich bitte um Ihre Entscheidung.
Hähnel, Generalmajor

liebe Frau Ollendorfs 10.11.89
Da man Demonstrationen nicht
den Staat sollte man selber
wollen und nicht von oben
Wir haben diesen Vorschlag für
die Stadt ich habe die Idee, dass
alle diejenigen, die eine veränderte
Medienpolitik fordern haben diesen
Antrag mit unterschrieben unterschrieben.
Am Montag wird der Vorschlag
dem VBlK mitgebracht - und sehen,
ob er für die Durchführung ist.
Der Vorschlag wird ich damit, da
die Unterhaltungsministerien
fehlen.
Eine Menge von Bergmann-Börge
hat mich Teilweise beigefügt.
Das hatten sie davon, wenn die
Theaterleute und die Akademie
gefragt würden - und natürlich die
Schriftsteller, da wird ich nur noch
müssen um sie zu werden
kann ich nicht für mich
ein).
Mein Vorschlag ist, dass ich
eine von oben gesteuerte
scharfe Beauftragung für die
mit dem Original auf die
Änderungsvorschläge mit
kommen.
Vom 11. bis 13. 11. 1989
Freitag
Mitte Hotel
PS Die Bürgerinitiative NEUES FORUM
kann ich nicht für mich
verantwortlich machen.



Jutta Seidel aus dem
Initiativkreis wandte sich an
Berliner Theaterschaffende.